

Nazi-Gold

Hitlers willige Hehler

Im Tausch gegen geraubtes Gold finanzierten auch die Schweizer Nationalbank und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich die Angriffskriege der Nazis. Der Jüdische Weltkongreß erwartet nun von den eidgenössischen Banken eine Entschädigung für die Opfer des Holocaust. Bußfertig verspricht die Regierung in Bern Aufklärung.

Als Landwirt weiß ich, daß es manchmal lange dauert, bis eine Saat aufgeht“, frohlockt der britische Bestsellerautor Frederick Forsyth. „Letzte Woche war es endlich soweit.“

Da zeichnete ein 23 Seiten langer Bericht des britischen Außenministeriums nach, wie die Nazis während des Zweiten Weltkriegs aus ganz Europa zusammengekauft Gold in der Schweiz zu Geld gemacht hatten.

Die meisten Barren holten die Deutschen aus den Zentralbanken besetzter Länder, vor allem aus Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, der Tschechoslowakei, Polen, Österreich, Jugoslawien, Italien und Griechenland. Manches stammte aber auch aus Privatbesitz – meist von jüdischen Familien, denen ihr Schmuck abgenommen wurde.

Die ehrenwerten Goldwäscher von Bern sollten den Schatz – heutiger Wert etwa sieben Milliarden Mark – endlich an die ursprünglichen Besitzer herausrücken, verlangte lautstark der Labour-Abgeordnete und Vizepräsident des Jüdi-

schen Weltkongresses, Greville Janner, der die Untersuchung veranlaßt hatte.

Der Romancier Forsyth hatte sich schon vor 25 Jahren von einer historisch verbürgten Szene zu seinem Roman „Die Akte Odessa“ inspirieren lassen: Am 10. August 1944, als der Untergang des Dritten Reiches absehbar war, berieten im Hotel „Maison Rouge“ in Straßburg deutsche Industrielle und führende Nazis mit Schweizer Bankiers über Möglichkeiten, „im neutralen Ausland finanzielle Rücklagen“ zu bilden.

Die Basler Handelsbank und die Schweizerische Kreditanstalt sollten den Transfer des Fluchtkapitals organisieren. Doch das Treffen blieb nicht geheim; ein Agent meldete die Pläne ans US-Außenministerium, sein Bericht wurde 1945 einem Senatsausschuß vorgetragen.

Kurz darauf kamen noch vier Briefe ans Licht, in denen Reichsbankdirektor Emil Puhl seinem Reichsbankpräsidenten Walther Funk von freundschaftlichen Kontakten berichtete, die er im März und Anfang April 1945 zu Spitzenmännern

aus Schweizer Großbanken und Regierung unterhielt: Es sei ihm gelungen, sich mit ihnen über die „Fortsetzung gewisser Zahlungen“ zu einigen.

Die neutralen Eidgenossen hatten sich zu diesem Zeitpunkt zwar längst gegenüber den Alliierten verpflichtet, alle Geldtransaktionen mit den Nazis zu beenden. Aber das hinderte sie nicht daran, ihren guten Geschäftsfreunden in Berlin noch einmal behilflich zu sein: Kurz vor Kriegsende wollte Puhl 4,5 Tonnen Gold in ein Depot der Nationalbank und 1,5 Tonnen in eines der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) retten.

Vorsitzender der BIZ war damals ein deutschfreundlicher Amerikaner, Thomas McKittrick. Washington verbot ihm den Deal, das Gold blieb zunächst in Konstanz. Die Schweizer dagegen beriefen sich auf eine Ausnahmeklausel, die ihnen die Übernahme deutschen Goldes für das Rote Kreuz und für den diplomatischen Dienst erlaubte.

Am 13. April 1945, der größte Teil des Reichs war längst besetzt, ließ die



Gold der Reichsbank in Berlin 1941, Goldringe im KZ Buchenwald 1945: Raub gegen Quittung und Papiergeld

Schweizer Nationalbank 3,5 Tonnen Gold von Konstanz nach Bern transportieren. Für die kurze Strecke von der Schweizer Grenze in Kreuzlingen zur Reichsbankfiliale in Konstanz und zurück organisierte der zuständige Direktor sogar ein amerikanisches Rote-Kreuz-Fahrzeug samt Fahrer.

Es war die letzte Fuhre aus dem Nazi-Reich, das im Bemühen, seine stets gefährlich leere Kriegskasse aufzufüllen, in der Schweiz jahrelang willige Hehler gefunden hatte.

Der Bericht der Briten bekräftigt nur, was in der Alpenrepublik, den seit Jahren bekannten Akten zum Trotz, erst eine Minderheit einsehen will: Weniger ihre Wehrhaftigkeit als vielmehr hemmungslose Dienstbereitschaft ließ die Eidgenossen inmitten des braunen Europa wie eine Insel der Glückseligen überleben.

Was die meisten Deutschen nicht wußten: Hitler begann seine Eroberungszüge mit leeren Kassen. Am 7. Januar 1939 schrieb ihm der damalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht kurz vor seiner Entlassung: „Gold- und Devisenreserven sind nicht mehr vorhanden.“ Finanziell stehe das Reich „am Rande des Zusammenbruchs“.

Erst als Prag besetzt wurde, kam wieder Gold in die Tresore – unter Mithilfe der allzeit dienstbereiten Schweizer Nationalbank in Bern und der BIZ in Basel.

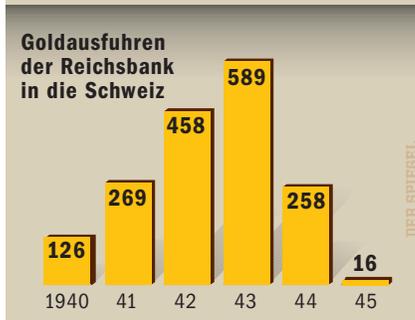
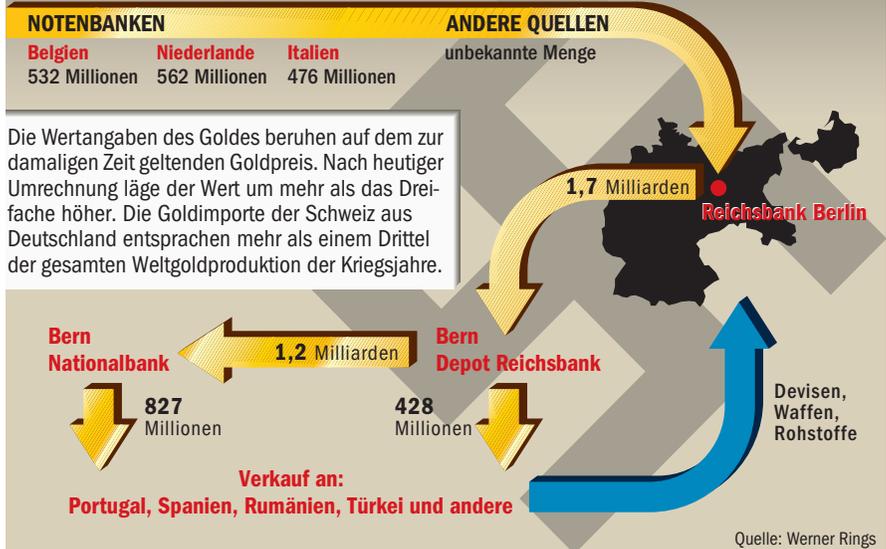
Am 8. März 1939, eine Woche vor dem Einmarsch in Prag, veranlaßte die Tschechische Nationalbank auf bisher ungeklärte Weise, ihr Berner Golddepot auf die Berliner Reichsbank zu überschreiben. Die Eidgenossen stellten keine Rückfragen; stolz darauf, sich nie um Politik zu kümmern, taten sie, wie ihnen geheiß.

Auch der BIZ gab die „Zerschlagung der Rest-Tschechei“ (Hitler) Gelegenheit, ihren Einstand als Hiwi der Reichsbank zu feiern. Da sie als Bank der Zentralbanken Währungsreserven vieler Mitglieder hütete, war die Plünderung des Prager Schatzes ganz einfach: Die 23 Tonnen Gold wurden auf telegrafische Anweisung aus Berlin umetikettiert und in Basel umgebucht.

Das große Goldkarussell in der Schweiz hielten BIZ und Berner Nationalbank während des ganzen Krieges in Gang – auch wenn es sich bei dem kostbaren Metall erkennbar um Beutegut handelte. Nach und nach verschwanden niederländische Goldreserven im Wert von 562 Millionen Franken in den Kellern der Schweizer Nationalbank. Mit dem Erlös kauften die Deutschen Waffen und Rohstoffe und finanzierten die Kosten ihrer Besatzungsarmeen.

Auch Belgiens Goldschatz sollte so aufgezehrt werden – was allerdings erst mit erheblicher Verzögerung gelang. Denn Belgien hatte sein Gold vor dem Überfall der Deutschen bei der Banque

Raubgold auf Reisen Alle Wertangaben in Schweizer Franken



de France in Sicherheit gebracht. 4944 versiegelte Kisten mit 221 730 Kilogramm Gold im Wert von über einer Milliarde Franken, dazu weitere 1208 Kisten mit polnischem Gold sowie rund 10 000 Kilogramm der Zentralbanken Luxemburgs, Lettlands, Litauens, Norwegens und der Tschechoslowakei wurden von den Franzosen am 18. Juni 1940, Stunden nach dem Waffenstillstandsangebot, in ihre westafrikanische Kolonie nach Dakar verschifft. Der Gold-Treck endete schließlich 570 Kilometer landeinwärts in der Stadt Kayes.

Ohne die willfährige Kollaboration der Vichy-Regierung, die das belgische Gold nach langem Hin und Her freiwillig herausgab und die Kisten mit Kamelkarawanen, Eisenbahnen, Lastwagen und Schiffen durch die Sahara über Algier nach Marseille und weiter nach Berlin transportierte, wäre der Diebstahl nicht gelungen.

Wie viele andere hatten die Belgier für den Kriegsfall vorgesorgt und ihre Staatsbank privatisiert. Das erlaubte ihnen, sich im Fall einer Okkupation auf die Haager Landkriegsordnung von 1907 zu berufen, die eine Beschlagnahme privater Vermögenswerte verbietet.

Die legalistischen Deutschen bemühten sich denn auch, den Schein zu wahren, und boten Brüssel 500 Millionen

Reichsmark für das Gold. Als die Belgier hart blieben, hinterlegte die Reichsbank Anfang Oktober 1943 beim Landgericht Berlin-Mitte einfach Reichsschatzanweisungen.

Das belgische Gold ließ sie einschmelzen und daraus Barren gießen, deren Prägung sie als deutsche Vorkriegsbestände ausgab. Die Schweizer, obwohl durch alliierte Demarchen und den riesigen Goldstrom aus dem Reich alarmiert, gaben sich damit zufrieden – formal waren ihre Geschäfte mit den Deutschen rechtmäßig.

Der Goldhunger der Nazis ließ sich nicht stillen. Die Plünderung der Staatsbanken reichte nicht aus. In allen besetzten Gebieten machten sogenannte Devisenschutzkommandos Jagd auf Edelmetall. Sie durchsuchten Sparkassen und Juweliergeschäfte, fahndeten auf Schwarzmärkten und ließen Safes von Bankkunden aufbrechen. Auch hier blieb der Schein der Legalität gewahrt: Hitlers Beamte kauften die Wertsachen gegen Quittung und bezahlten bar mit Papiergeld. Allein in Belgien kamen 1940 Gold im Wert von 108 Millionen Franken und Devisen für 62 Millionen zusammen.

Die Berner Drehscheibe, die den Kauf von Rüstungsgütern und Rohstoffen in Portugal und Spanien, in Schweden und in der Schweiz ermöglichte, funktionierte prächtig, bis aus Drittländern allmählich Bedenken gegen das deutsche Gold kamen, vor allem als sich das Kriegsglück zu wenden begann. 1942/43 klagte Reichsbankpräsident Funk über ein „Gold-Embargo“: Die Schweiz sei das einzige Land, mit dem noch „größere Geschäfte durch Umwandlung von Gold in Devisen“ möglich seien.

So hatte der Generalsekretär der portugiesischen Staatsbank im Oktober 1942 seinem Schweizer Kollegen Paul Rossy



Golddepot in Thüringer Salzbergwerk 1945: Wo blieb die übrige Beute?

klargemacht, daß Portugal „teils aus politischen Gründen und zweifellos aus Gründen juristischer Vorsicht“ kein deutsches Gold mehr annehmen wolle. Die Schweizer Nationalbanker halfen aus der Verlegenheit, indem sie sich als Goldwäscher anboten. „Solche Einwände“, schrieb Rossy, „fallen weg, wenn das Gold durch unsere Hände geht.“

Auch für die Lieferanten des Dritten Reichs bot das Arrangement Vorteile. So bezahlte Berlin schwedisches Erz direkt in Bern, „wo die Goldbarren“, wie ein Dokument des Schweizer Außenministeriums festhielt, „die schwedische Kennziffer erhalten. Diese Dinge sind der Öffentlichkeit unbekannt. Daher wird Schweden auch in Zeitungsartikeln nicht als Käufer von ‚gestohlenem Gold‘ genannt. Im ganzen genommen ist die Schweiz für Schweden eine Art spanische Wand. Sie liefert ihm ein Alibi.“

Insgesamt verzeichnet die Schweizer Zollstatistik von 1940 bis 1945 Goldeinfuhren der Deutschen Reichsbank im damaligen Wert von 1,7 Milliarden Franken. Der britische Bericht spricht jetzt sogar von 2,7 Milliarden – eine Diskrepanz, die sich bislang nicht erklären läßt. Davon stammte je ein knappes Drittel aus den Niederlanden und aus Belgien.

Unklar ist bis heute, wieviel Gold und Devisen, wie viele eingeschmolzene Eheringe, Uhrenketten und Zahngold aus den KZ und Vernichtungslagern den Weg in die Tresore der Schweizer National-

bank fanden. Ein großer Teil dieser Beute wurde 1945 im Salzbergwerk Merkers in Thüringen gefunden, über den Rest gibt es nur wenige Aufzeichnungen.

Zuständig für das KZ-Gold war das Wirtschafts-Verwaltungshauptamt der SS, das es der Reichsbank übergab, die wiederum seinen Geldwert verbuchte. Vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal sagte Reichsbankdirektor Puhl in einer eidesstattlichen Erklärung, daß auf dem entsprechenden Konto „schließlich 10 bis 12 Millionen Reichsmark“ lagen.

Fünf Jahre lang hatten die Alliierten dem Treiben der Schweizer Banker zugehört, nur hin und wieder gewarnt; dann, 1946, versuchten sie eine Abrechnung. Da sie rund 1000 Schweizer Unternehmen auf die schwarze Liste der Kriegsgewinnler gesetzt hatten und alle Guthaben der Schweiz in den USA eingefroren waren, besaßen sie mächtige Druckmittel.

Doch die Eidgenossen wehrten sich. Sie pochten auf ihre Souveränität, verlangten Beweise und verweigerten genaue Auskünfte – bis der Generaldirektor der Nationalbank, Alfred Hirs, die Nerven verlor. Mit einer Aussage Puhls konfrontiert, er habe über die Herkunft der gefälschten Barren aus belgischem Raubgold Bescheid gewußt, empörte sich Hirs: „Wollt ihr meine Bank ruinieren, indem ihr diese 500 Millionen Goldfranken beansprucht?“ Bis dahin waren die Amerikaner von Goldgeschäften im Wert von 289 Millionen Franken ausgegangen.

Trotzdem blieben die Folgen für die Eidgenossen milde. Sie verpflichteten sich im Washingtoner Abkommen vom 25. Mai 1946, den Alliierten 250 Millionen Franken in Gold „als freiwilligen Beitrag zum Wiederaufbau Europas“ zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug verzichteten die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs ein für allemal auf weitere Forderungen.

Die meisten ausgeplünderten Staaten sind inzwischen weitgehend entschädigt, nur Albanien beansprucht noch 2,6 Tonnen Gold.

Das erklärt, warum die Schweiz jetzt so verstört auf die Kampagne in England und den USA reagiert. Der Sprecher der Nationalbank mag sich gar nicht zu den „längst bekannten“ Tatsachen äußern, und das Außenministerium verweist auf wissenschaftliche Recherchen über den Verbleib jüdischen Vermögens in der Schweiz, die unabhängige, mit allen Vollmachten ausgestattete Experten nächstes Jahr beginnen werden.

Die Berner Regierung hat dem Parlament dafür ein eigenes Gesetz zugeleitet; sogar das Bankgeheimnis soll zu diesem Zweck aufgehoben werden – ein unerhörter Vorgang in der Schweiz.

Die Annahme sei zwar „politisch unkorrekt“, kommentierte der Lausanner *Nouveau Quotidien*, „aber deswegen nicht notwendigerweise unbegründet“, daß die rufschädigende Kampagne auch wirtschaftliche Interessen verfolge. Die Schweizer Großbanken sind in den letzten Jahren in London und New York stark ins hart umkämpfte Vermögensverwaltungsgeschäft eingestiegen. Das macht sie verwundbar, wie der Vorsitzende des Bankenausschusses im US-Senat, Alfonse D’Amato, weiß. Offen droht er, den Schweizer Bankiers ihre Geschäfte in den USA zu verderben.

Der internationale Druck, den der Jüdische Weltkongreß gegen die Schweiz organisiert, zielt darauf ab, den Bankiers von Zürich für ihre unbestreitbaren moralischen Verfehlungen freiwillige finanzielle Zugeständnisse an die Opfer des Holocaust abzutrotzen.

Schon droht in der Bankiervereinigung eine Spaltung: Die Inlandsbanken wollen nichts von einer Abfindung wissen. Die im Auslandsgeschäft tätigen Institute würden dagegen gern zahlen, um endlich ihre Ruhe zu haben. Und die Nationalbank läßt offen, ob sie sich mit einem Teil ihres 2590 Tonnen schweren Goldschatzes daran beteiligen würde.

In New York verschärft der katholische Senator D’Amato derzeit seinen Einsatz, der ihm seine Wiederwahl mit Hilfe jüdischer Stimmen sichern soll. Von Außenminister Warren Christopher forderte er vorige Woche Maßnahmen gegen die Schweizer, deren „Sturheit die Dinge immer schlimmer macht“.